

Quappe



Magazin der Grünen Alternativen Liste

www.Quappe.org

Ausgabe Januar 2003



Liebe Leserin, lieber Leser,

besser spät als nie dürfte das Motto dieser Quappe sein. Seit einiger Zeit schon sind wir am Schreiben und Layouten und jetzt ist sie doch noch fertig. Die erste Quappe im Jahr 2003. Wie wir die **Verkehrssituation verbessern**, steht auf Seite 2. **Dosen und Flaschen** im neuen Jahr (Seite 3). Ob die **Tobinsteuer** als Allheilmittel dienen kann, erfahrt ihr ab Seite 4. Wie die **Bahn** ihre Kunden und vor allem Studierende

„verarscht“, steht auf Seite 7. Was sich auf dem Sektor **Mülltrennung an der Uni** tut, haben wir ab Seite 9 zusammengetragen. zum Schluss stellen sich noch unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die **StuPa-Wahlen** vor.

Viel Spass beim Lesen wünscht

Eure GAL

Verkehrssituation soll besser werden

Bei der Aktion von GAL und UStA am 18. Juni 2002 zum „Autofreien Hochschultag“ wurden ein paar Meter Vorschläge auf einer Papierrolle gesammelt und an die Stadt weitergeleitet. Eine weitere Möglichkeit, seine Kritik loszuwerden, gab es im UStA-Magazin.

Einige Auszüge aus dem Antwortschreiben von Bürgermeisterin Salisch informieren Euch, was die Stadt bezüglich Eurer Kritik vorhat:

Kreuzung Berliner Platz (Kronenplatz):

„Die Verkehrssteuerung des Berliner Platzes ist in der Vergangenheit mehrfach überarbeitet worden und wird im Augenblick neu konzipiert. Das neue Programm wird voraussichtlich im März 2003 in Betrieb gehen. Es ist noch zu bemerken, dass diese Kreuzung mit ca. 1600 Straßenbahnbewegungen pro Tag eine der durch den ÖPNV am stärksten belasteten Knoten im Stadtgebiet ist.“



Bild: sven.manias@gmx.de

„Wenn z.B. für den Bereich Kronenplatz eine fußgängerfreundlichere Schaltung der Signalanlage gefordert wird, steht das in Konkurrenz mit der ebenfalls vorgetragenen Forderung nach absolutem Vorrang für alle Straßenbahnen an allen Knotenpunkten.“

Rüppurrer Straße:

„Die Rüppurrer Straße wurde erst vor kurzem

bezüglich der Radwegführung komplett überprüft. Bis auf wenige kleinere, punktuelle Maßnahmen [...] entspricht der Radweg den gesetzlichen Vorgaben. Die Straßen der Südstadt befinden sich überwiegend innerhalb von Tempo 30-Zonen. Baulich hergestellte, benutzungspflichtige Radwege sind in solchen Bereichen rechtlich nicht zulässig.“

Bezüglich sonstiger Anregungen :

„Die Ampelschaltungen für die Fußgänger am Durlacher Tor werden derzeit überprüft.“

„In den Fußgängerzonen der Stadt gibt es bereits heute tagsüber sehr große Konflikte zwischen Fußgängern und - derzeit illegal fahrenden - Radfahrern. Würde das Radfahren in den Fußgängerzonen auch tagsüber legalisiert, wäre hier eine deutliche Verschlechterung für den Fußgänger zu erwarten. Für den Radverkehr bestehen zudem sehr gute Radwegachsen über den Zirkel und die Erbprinzenstraße.“

„Die Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr ist bzw. wird überall dort vorgesehen, wo dies nach den rechtlichen Vorschriften der StVO möglich ist und auch unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer umsetzbar ist.“

„Die Randsteine werden im Zuge von Rad-/ Fußgängerfurten grundsätzlich abgesenkt.“

„Die Verkehrssteuerung im Knoten Moltkestraße/Adenauerring wird in diesem Jahr überarbeitet. Ihre Anregungen werden im Zuge der Planung, wenn möglich, berücksichtigt.“

„Die Nachtabschaltung von Signalanlagen erfolgt auch in Karlsruhe schon seit vielen Jah-

ren. In regelmäßigen Abständen werden Gegebenheiten und Sicherheitskriterien überprüft mit dem Ziel, so viele Anlagen wie möglich abzuschalten.“

-hb-

Das Jahr der Dose

Der Jahreswechsel ist seit Alters her ein Zeitpunkt der Zäsur und des Neuen. Ein Zeitpunkt des Rückblicks und des Vorausschauens. Auch das neue Jahrtausend hatte da gleich einiges zu bieten. Das Jahr 2002 wurde mit dem Euro eingeläutet. Die lieb gewonnen DM, Franc, Schilling und Lira mussten weichen.

Auch das Jahr 2003 bringt Millionen von Menschen auf dieser Welt eine Neuerung. Die Dose ist nicht mehr, was sie einmal war. Früher als das Symbol der Ex- und Hopp-Gesellschaft, für das Forsche, das Fortschreitende bekannt, muss die Dose, wie die gemeine Flasche, zurück in den Laden. Nichts ist mehr mit gemütlich im Strassengraben vor sich hinrosten, bis eine Bande langhaariger Bombenleger meint, sie müsste die nahe Natur aufräumen. Nein: Heute muss die Dose zurück, denn es gibt Pfand, sogar richtig viel. Für die gemeine Dose 25 Cent und die XL-Dose bringt sogar 50 Cent ins Portemonnaie.

Dies könnte das Ende der Dose sein, und mit ihr naht das Ende das Abendlandes. So oder so ähnlich klang es die letzten Wochen vor dem Jahreswechsel aus dem Lager der Verpackungsindustrie. Arbeitsplätze seien in Gefahr, gar ganze Branchen bedroht. Nun ganz so schlimm ist es nicht gekommen. Die Sonne dreht sich weiter um die Erde und die steht immer noch im Zentrum des Universums ...

Etwas hat sich doch getan. Die meisten Grossbrauereien und Verpacker hatten wohl damals im September einen Sieg vom Eddi aus Bayern erhofft. Da sich das nicht ausging, ging ihnen die Zeit aus. Mit einigen hilflosen Klagen, die zu spät, an die falsche Adresse etc. eingereicht wurden, versuchten sie das drohende Unheil noch abzuwenden. Dabei hätten sie 11 Jahre Zeit gehabt, genau das zu tun, denn so alt ist das Gesetz, das am 1. Januar seine volle Wirkung entfaltet hat (Genauerer dazu findet ihr in der Quappe vom Juni 2002). Stattdessen haben die Verkäufer reagiert. Da es noch kein einheitliches Pfandsystem gibt, hat jeder sein eigenes eingeführt. So gibts bei Plus Pfandmarken, bei Lidl nette Aufkleber und an der Tanke muss man nun den Kassenbeleg auch aufheben, nicht nur für die Steuer. Manche Händler haben aber ganz anders reagiert, so gibt es seit Jahresbeginn bei EDEKA gar keine Dosen mehr, sondern jetzt wird sogar Werbung mit dem reichhaltigen Mehrwegangebot gemacht.

Auch ein belebender Effekt auf den Aktienmarkt konnte kurz vor Jahresende festgestellt werden. Die Aktien der Hersteller von Pfandautomaten für Getränkedosen konnten im Gegensatz zum allgemeinen Trend an Wert zulegen. Umweltschutz lohnt also auch finanziell.

-rth-

Die Tobinsteuer - ein brauchbares Instrument zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte?

1998: Der spekulative Hedgefonds LTCM steht vor dem Abgrund. Fehlspekulationen führten zu massiven Verlusten. Die Anleger scheinen all ihr Geld verloren zu haben. Um weiteren Schaden von den schon gebeutelten Finanzmärkten abzuwenden, interveniert die US Notenbank.

Ein verheerendes Signal: Falls eine Spekulation mal schief geht, springt die Zentralbank (und damit der Steuerzahler) ein. Im Jahr 2001 erklärt Argentinien, bedingt durch eine schwere Finanzkrise, die Zahlungsunfähigkeit. In New York werden Sammelklagen gegen das Land vorbereitet, in Deutschland versuchen Anleger, ein Schiff der argentinischen Marine, welches gerade in Deutschland zu Gast ist, pfänden zu lassen. Für die Armut und sozialen Folgen der Finanzkrise interessieren sich die wenigsten.

Finanz- und Währungskrisen traten in den letzten zehn Jahren gehäuft auf: 1994/95 die so genannte Peso-Krise in Mexiko, 1997/98 in Asien, 1998 in Russland, 1998/99 in Brasilien, 2001 in der Türkei sowie in Indonesien und seit 2001 in Argentinien. Ihre Auswirkungen für die betroffenen Länder sind verheerend: Entlassungen, steigende Arbeitslosigkeit, Vernichtung des Ersparnis? Meist sind nicht nur einzelne Länder betroffen, Währungskrisen führen generell zu einem Vertrauensverlust in die so genannten Schwellenländer. Und doch gibt es auch Gewinner von Währungskrisen: Spekulanten, die

auf eine Abwertung der Währung „gewettet“ haben, und daran dann ganz gut verdienen.

Ganz neu ist das Problem stark schwankender Währungskurse nicht, schon vor 30 Jahren hat sich der Yale Ökonom und spätere Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin mit diesem Sachverhalt auseinandergesetzt. 1978 hat er dann ein Konzept erarbeitet, das solche Schwankungen soweit wie möglich eindämmen sollte: eine Devisentransaktionssteuer, heute besser bekannt unter dem Namen Tobinsteuer.



Tobin schlug vor, alle Transaktionen von Devisen (Fremdwährungen) mit einem einheitlichen Steuersatz von 1% des Transaktionsbetrags zu versteuern. Dies soll vor allem die kurzfristigen internationalen Finanzkapitalbewegungen einschränken, die als Hauptursache für die Destabilisierung der Devisenmärkte gelten.

Tobin beschrieb diese Steuer als „Sand in die gut geschmierten Räder der Internationalen Finanzwelt zu streuen, ohne die Funktionalität der Räder zu beschädigen“.

Da kurzfristige Transaktionen meist auf kleinsten Gewinnmargen basieren, würden sich diese auch bei einem sehr niedrigen Steuersatz nicht mehr lohnen. Langfristige Geldanlagen oder Wechselkursänderungen, die auf Änderungen in der Wirtschaft zurückzuführen sind, würden durch die Tobinsteuer nicht behindert.

Tobinsteuer seit Mitte der Neunziger populär

Jahrelang wurden die Vorschläge Tobins ignoriert, erst seit Mitte der neunziger Jahre sind sie wieder vermehrt in den Blickpunkt geraten. Heute wird die Tobinsteuer von vielen Gewerkschaften, der Kirche, teilweise auch von Politikern und Ökonomen, in erster Linie jedoch von NGOs (Non Governmental Organisations) gefordert. Hier ist vor allem ATTAC (Association pour la taxation des transactions financières et l'aide aux citoyens) herauszuheben, eine globalisierungskritische Organisation, deren Ziel die Einführung der Tobinsteuer ist.

Tobin selbst geht auf Distanz zu diesen Befürwortern der Devisentransaktionssteuer. Dies liegt in erster Linie daran, dass diese als mindestens ebenso wichtiges Ziel der Tobinsteuer (neben der Stabilisierung der Währungskurse) die Einnahme von Steuermitteln sehen. Für Tobin waren diese Steuereinnahmen bestenfalls zweitrangig. Er wollte diese Einnahmen, die je nach Quelle auf ca. 20 bis 300 Milliarden Dollar geschätzt werden, der Weltbank zur Verfügung stellen. Die NGOs hingegen wollen die Steuer den Vereinten Nationen zukommen lassen, damit diese sie zur Armutsbekämpfung an Entwicklungsländer weiterverteilt. Eine durchaus verständliche Forderung, bedenkt man, dass die wenigsten Industrieländer die versprochene Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% des BIP einhalten.

Problem: Politische Durchsetzbarkeit

Das größte Hindernis für die Tobinsteuer ist die politische Durchsetzbarkeit. Die meisten Ökonomen gehen davon aus, dass die Steuer weltweit eingeführt werden müsste. Dies liegt daran, dass sie ansonsten durch die Abwicklung der Transaktionen in Steuerparadiesen wie z.B.

den Bahamas umgangen werden könnte. Es gibt aber auch Wirtschaftswissenschaftler, die eine andere Meinung vertreten. Der Frankfurter Professor Spahn kommt in einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu der Feststellung, dass es ausreichen würde, die Tobinsteuer innerhalb einer Zeitzone einzuführen. In seiner Studie geht er speziell auf den Fall der Einführung innerhalb der EU ein. Seiner Meinung nach wäre ein Ausweichen in



Steuerparadiesen nicht lohnenswert, da dadurch den Beteiligten relativ hohe Kosten entstehen würden. Jedoch

erscheint auch eine EU-weite Einführung momentan nicht realistisch; das einzige Land, das die Einführung der Tobinsteuer beschlossen hat, ist Frankreich. Allerdings unter dem damaligen Premierminister Jospin und unter der Voraussetzung, dass alle anderen EU-Länder die Tobinsteuer ebenfalls einführen. Bis eine europaweite Einführung in greifbare Nähe rückt, muss wohl noch viel Überzeugungsarbeit von Seiten der Befürwortern geleistet werden.

Ein Kritikpunkt der Gegner der Tobinsteuer ist, dass diese spekulative Attacken gegen Währungen nicht unterbinden kann. Bei Spekulationen gegen Währungen locken hohe Gewinnmargen, eine Steuer von 0,1 - 0,5 % (in diesem Bereich liegen zur Zeit die meisten Vorschläge) würde keinen Spekulanten davon abhalten. Um dieses Problem zu lösen, schlägt Professor Spahn

eine doppelte Tobinsteuer vor: alle Transaktionen sollen generell mit einem sehr niedrigen Satz besteuert werden, zusätzlich soll noch eine auf spekulative Schwankungen reagierende höhere Zusatzsteuer eingeführt werden.

Als weiteren Kritikpunkt wird gewertet, dass die Tobinsteuer zwei gegensätzliche Ziele verfolgt: Je erfolgreicher die Steuer ist, d.h. je mehr Spekulationen verhindert werden können, desto geringer ist das Steuereinkommen. Neben jenen Ökonomen, die vor allem eine Durchsetzbarkeit der Tobinsteuer anzweifeln, gibt es auch noch solche, die der Meinung sind, dass die Devisentransaktionssteuer den Devisenmarkt nicht stabilisieren, sondern eher noch schwankungsanfälliger machen würde. Sie argumentieren, dass die Steuer zu einem geringeren Umsatz führt (was ja so auch gewollt ist) und der Markt nun durch einzelne größere Kauf- oder Verkaufaufträge mehr nach oben oder unten ausschlägt, da sie nun prozentual deutlich mehr ins Gewicht fallen. Hier bleibt zu entgegnen, dass bei einem täglichen Devisenhandel von täglich ca. 1,2 Billionen US-Dollar der Markt so groß ist, dass es wohl kaum zu Liquiditätsproblemen kommen dürfte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Tobinsteuer zwar kein Allheilmittel ist, durch das Spekulationen am Finanzmarkt verhindert werden können. Jedoch stellt die Tobinsteuer ein geeignetes Instrument dar, das helfen kann, Währungsschwankungen etwas einzudämmen. Dabei sollte man aber nicht vergessen, dass Währungskrisen meist auf tatsächlichen wirtschaftspolitischen Problemen beruhen; solche Krisen lassen sich auch mit einer Devisentransaktionssteuer nicht verhindern. In einem Punkt sind sich Gegner und Befürworter der Tobinsteuer einig: sie würde zu enormen Einnahmen führen. Diese Einnahmen könnten helfen, die Armut auf dieser Welt etwas zu lindern. Bis es aber so weit ist, muss aber die Zivilgesellschaft noch viel Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ausüben. Selbst James Tobin, der Erfinder der Devisentransaktionssteuer glaubt nicht daran, dass sie jemals eingeführt werden wird.

Links zur Tobinsteuer im Internet: <http://www.weedbonn.org/tt/>

-ag-

Wer jetzt die Quappe empfiehlt, bekommt die besten Mails!

Du kennst und schätzt die QUAPPE als Forum für die kritische und intelligente Auseinandersetzung mit den wichtigen Themen in der Hochschulpolitik und der Gesellschaft.

Wenn du auch noch deine Freunde, Bekannten, Kollegen und Nachbarn an den klaren Positionen der QUAPPE teilnehmen lassen willst, bieten wir dir jetzt die beste Gelegenheit: Empfiehl die QUAPPE. Leg sie bei euch auf's Klo, in die WG-Küche, in den Hörsaal.

Wir danken es dir mit einer Email von einem Redakteur deiner Wahl.

Leser werben Leser

Ja, ich habe einen neuen QUAPPE-Leser geworben
Mail deinen Namen und deine
Emailadresse an:

leser-service@quappe.org
Oder komm einfach vorbei:
montags, 20h, Z10

- ◆ Trends: Nur mit der Quappe spürst du rechtzeitig Trends auf in (Hochschul-)Politik, Gesellschaft, Wissen und Kultur.
- ◆ Preisvorteil: Die QUAPPE ist kostenlos.
- ◆ Portofrei: Da wir die QUAPPE druckfrisch an dich verteilen wollen, bleibt gar keine Zeit zum Verschicken. Die QUAPPE ist also portofrei.

Wir sind gekommen, um Euch zu verarschen

Afghanistan-Krieg? Paranoia in den USA? Studiengebühren á 500 Euro? Die Probleme dieser Welt ziehen im Eiltempo an uns vorbei. Manche davon bleiben und berühren uns wirklich. Die Einführung der neuen Bahnpreise ist da eher eine realpolitische Angelegenheit.

Im Rahmen der allgemeinen Preiserhöhung - den polemischen „Teuro“ spare ich mir - wollte auch das ehemalige Staatsunternehmen „Deutsche Bahn“ seine Tarifgestaltung anpassen. Seit die DB zum „Unternehmen Bahn“

auf Sonntag liegen, es handelt sich um ein Sonderangebot, auf daß es keinen Anspruch gibt - standardmäßig werden ganze 10% der Plätze dafür freigehalten.

Aber auch die 45 Euro Stornogebühren (pro Fahrtrichtung!), die beim Verpassen eines Zuges anfallen, hatten anfangs nur wenige wahrgenommen. Dass die Bahn allen Ernstes plant, *gleichzeitig* mit der Einführung ihres neuen Preissystems einen Großteil ihrer Verkaufsstellen wegzurationalisieren, bemerkt vielleicht noch die Bahngewerkschaft. 500 dieser Kundenzentren fallen weg - 35.000 der 215.000 Stellen sollen abgebaut werden.

Die taktische Umbenennung aller Interregios in Intercities sorgt dabei nur für erhöhte Preise, kein Grund, hier überrascht zu sein. Originell ist da schon eher die pure Dreistigkeit, den einzigen Grund glatt zurückzunehmen, warum Bahnfahrten von der DB als „jetzt preiswerter“ verkauft

wurde - die Verbilligung der Fernreisen stellt betriebswirtschaftlich gesehen nämlich ein (zu) hohes Risiko dar. Und schließlich wurde die Bahncard für Studierende quasi doppelt so teuer: Der Preis ändert sich nicht, die Ermäßigung sinkt von 25% auf 50%. Diese Maßnahme schlug Wellen bis zum studentischen Dachverband fzs, der sich jetzt in die Diskussion einschaltet.

mutiert wurde, gilt die Zielrichtung „Rationalisierung“ und „marktwirtschaftliche Geschäftsoptimierung“. Diese Handschrift trägt auch die „rote Reform“, die statt durch einfachere, günstigere Konditionen durch die gigantische Werbekampagne auffiel: ein achtstelliger Betrag wurde allein dafür investiert. 50% Ermäßigung für Mitreisende, bei Vorabreservierung wird's wesentlich billiger und die Bahncard kommt mit 25% Ermäßigung überall dazu.

Darauf hätte man sich wohl einstellen können, mehr kommuniziert auch die Bahn nicht offensiv. Der Teufel liegt in den Details: Bei den meisten Frühbucherrabatten muß zwischen Hin- und Rückfahrt eine Nacht von Samstag

Aber auch in Karlsruhe versuchte der UStA, die Bahn zu einer Stellungnahme zu bewegen - Mitte Dezember besuchte eine Vertreterin der DB den Campus, um für die Preisreform zu werben. In der folgenden Diskussion hatte sie dann einen schweren Stand - die Vergünstigung

Blöd,

In Reisezentren wird radikal gekürzt

gen für Senioren konnten in der für Studis gedachten Veranstaltung niemanden milde stimmen, die Großzügigkeit der Bahn, bei *verspäteten* Zügen auf die 45 Euro Gebühr für die Änderung zu verzichten, wurde doch eher als Selbstverständlichkeit gesehen. Die Frage, ob die Bahn nicht eine gewisse soziale Verantwortung besitzen müsse, wurde mit einem traurigen Lächeln abgeschmettert - seit 10 Jahren würde in der Bahn das Wort sozial nicht mehr verwendet.

Fakt ist, daß die Bundesbahn seit 1994 als privatisiertes Unternehmen existiert. Ab diesem Zeitpunkt gab es keine Orientierung am Kunden mehr, der ewige Vorwand: Man müsse ab sofort ja auch auf sämtliche Hilfe vom Staat verzichten. Auch Fakt ist, daß die Bahn durchaus Baukostenzuschüsse in der Höhe von 9 Milliarden DM von der öffentlichen Hand erhält - die Ausgleichszahlungen, die aufgrund der Regionalisierung der Bahn an diese gezahlt werden, betragen 14,5 bis 17,3 Milliarden DM - jährlich. Und wer ist 100%iger Anteilseigner der Bahn? Richtig - der Bund. Die Privatisierung ist offensichtlich gescheitert.

Am Ende jedenfalls stimmte die unglückliche Frau einem Studi zu, daß wir von der Bahn einfach verarscht(!) werden.

Die Folge? Sie werde die berechtigte Kritik an ihre Vorgesetzten weitergeben. Prima. Am 21. Januar hatte mehr oder weniger zufällig ein Universitätsinstitut die guten Kontakte zur Wirtschaft ausgenutzt, um Mehdorn nach Karlsruhe zu holen, um über die Zukunft der Bahn zu reden. Wenn die Veranstalter mit dem Ansturm gerechnet hätten, könnte ich Euch nun auch davon berichten. Geändert hat sich das Tarifsystem bis jetzt aber sowieso nicht.

Short News

* Beherrschendes Thema im StuPa war, wie in vielen anderen Debatten, die Wohnraumproblematik. Der UStA hatte, zusammen mit anderen Studierendenvertretungen aus Karlsruhe, in den Sommermonaten eine Anzeigenkampagne gestartet, um die Bevölkerung aufzurufen, mehr Wohnraum für Studierende zur Verfügung zu stellen. Im November kam dann der Vorschlag des Studentenwerks auf den Tisch, den Semesterbeitrag zu erhöhen und dafür ein grösseres Wohnheim in der Nancystrasse zu bauen. Auf die Forderungen des Stuwes wurde (leider) fast vollständig eingegangen. Näheres findet ihr im Umag vom Dezember und Januar.

* Im Oktober stand die 25-Jahr-Feier des Unabhängigen Modells auf dem Plan. Mit Festakt, Film und Party wurde an die Gründung und die seitdem erfolgte Arbeit erinnert. Als Festredner war sogar Michael Kollatz, der erste UStA-Vorsitzende, angereist.

* Das Bundesverfassungsgericht beschäftigte sich ebenfalls im November mit den Rückmeldegebühren. Zum Wintersemester 96/97 eingeführt, 1998 wieder ausgesetzt, steht nun die Frage zur endgültigen Klärung an. Die Entscheidung sollte bereits vor Weihnachten fallen, aber es scheint, dass sich das Gericht mit der Problematik eingehender beschäftigt, sie könnte aber jederzeit bekannt gegeben werden.

* FriCard, ja es gibt sie wirklich. Nach erfolgreichen Anläufen und Verzögerungen kann sie jetzt im Studisekretariat abgeholt werden (solange Vorrat reicht). Das unabhängige Modell stellte die Einführung auch vor ein technisches Problem, da für die bevorstehenden Wahlen nun auch die FriCard als Ausweis dienen kann, und diese kann man nicht abstempeln. Doch es gelang aus den Fachschaften ein kompetentes Team zu finden, so dass auch das U-Modell - mit viel Aufwand - den Schritt in ein neues technologisches Zeitalter wagen kann. -rth-

Auf dem Weg zu einer besseren Mülltrennung an der Uni

Was macht Otto Normalstudent, wenn er eine Bananenschale in der Hand hat und beim Verlassen des Vorlesungssaals nur einen Mülleimer für Papier und einen für Wertstoffe mit Grünem Punkt sieht? Er schmeißt sie verständlicherweise wider besseren Wissens in einen der vorhandenen Mülleimer. Selbst für eifrige Mülltrenner ist es bisweilen schwer, den Abfall in die richtigen Behälter zu werfen, da die Reihe der Mülleimer selten vollständig ist. Außerdem machen schlecht lesbare Beschriftungen der Mülleimer das Trennen zu einem Mühsal, das viele nicht auf sich nehmen wollen.



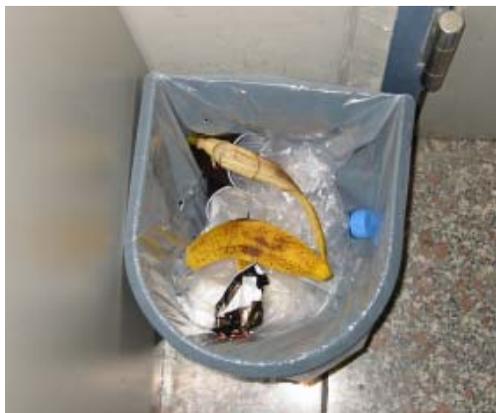
HSaF - unvollständiger Satz Mülleimer

Der UStA hat sich dieses Problems angenommen: Bei der letzten Sitzung der Kommission Lebensraum (Universitätsverwaltung) skizzierte Ökoreferent Hauke Basse (GAL) den Weg zu einem besseren System der Mülltrennung: Es greift an mehreren Stellen an: Es sollte - Grundvoraussetzung einer funktionierenden Mülltrennung - überall ein kompletter Satz Eimer für Wertstoffe, Restmüll und Papier bereitstehen. Um zu vermeiden, dass faule Menschen ihren Müll ohne hinzugucken in irgendein Fach schmeißen, soll es ihnen einfach gemacht werden: Dadurch, dass überall der gleiche standardisierte Satz Mülleimer steht, kann der Müll ohne jedmaliges Nachdenken korrekt weggeworfen werden.

Dennoch: Ohne aktive Mithilfe der Studierenden zum Funktionieren der Trennung klappt es nicht. So präsentierte der Leiter der Abteilung Gebäudebetriebsdienst, Herr Iwon, auf der erwähnten Sitzung am Nikolaustag einen halb vollen, großen Müllsack. Den erwartungsvollen, überraschten Sitzungsteilnehmern erklärte

er, dass dies der Müll sei, der während nur einer Vorlesung von den Putzfrauen vom Boden aufgelesen wurde. So stimmte Herr Iwon nicht nur den Vorschlägen des UStAs zu, sondern forderte auch von den Studierenden mehr Rücksicht auf das Reinigungspersonal. Jeder Student weiß, wie schwer es ist, einen runtergefallenen Kuli aufzuheben; Die Putzfrauen müssen sich wegen der Rücksichtslosigkeit vieler Studenten in jedem Vorlesungssaal hunderte Male derart bücken!

Alle öffentlichen Mülleimer zu ersetzen kostet enorme Geldsummen. Allein für die knapp 40 großen Hörsäle mit über 100 Plätzen die abgebildeten hochwertigen Mülleimer zu beschaffen, würde wohl über 16.000 Euro kosten. Wie konnten sich beispielsweise die Unis Münster und Berlin die hohen Investitionen dennoch leisten? Jutta Essl, Umweltkoordinatorin der Uni Osnabrück, erklärt wie: "Durch eine saubere Trennung können wir den Müll für einen



Eine solche Ressourcenverschwendung soll in Zukunft nicht mehr stattfinden

Bruchteil der Kosten von reinem Restmüll entsorgen. Wir rechnen daher mit einer Amortisation der Startinvestitionen schon nach drei Jahren." Damit also schon innerhalb weniger Jahre viel Geld gespart werden kann, lohnt es sich ein hochwertiges System anzuschaffen, das dann auch sehr gut akzeptiert wird. Denn nur wenn der Müll in den Behältern eine gewisse Grenzmenge an Fehlwürfen nicht überschreitet, kann er als Wertstoff oder Altpapier anstatt als teurer Restmüll entsorgt werden.

Fazit und weiteres Vorgehen

Wie man sieht, gibt es viele Punkte zu berücksichtigen auf dem Weg zu einer ökologisch wie ökonomisch optimalen Müllentsorgung an der Uni. Das UStA-Ökoreferat wird in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die aktuelle Lage detailliert analysieren. Daraufhin soll eine Testphase für ein Müllsystem, das die genannten Anforderungen erfüllt, gestartet werden.



Das System an der TU Berlin für Restmüll, Papier, Glas und Wertstoffe

Die GAL hofft, nach der StuPa-Wahl im Februar wieder den UStA stellen zu können, um in Vertretung der Studierendenschaft dieses Projekt bis zu seiner allgemeinen Umsetzung vorantreiben zu können.

-hb-

Impressum

Auflage: 1400

V.i.S.d.P:

Malte Cornils

c/o GAL, UStA Uni Karlsruhe

Straße am Forum 1, 76131 Karlsruhe

email: redaktion@quappe.org

Layout, Grafik, Redaktion und Werbung: GAL

<http://www.quappe.org>

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die StuPa-Wahlen



Roger Huckle
(Meteorologie)



Ansgar Geiger (WiWi)



Malte Cornils (Info)



Silvia Kunz (Bio/Geo)



Matthias Walliczek (Info)



Susanne Riedel (Gök)



Hauke Basse (WiWi)



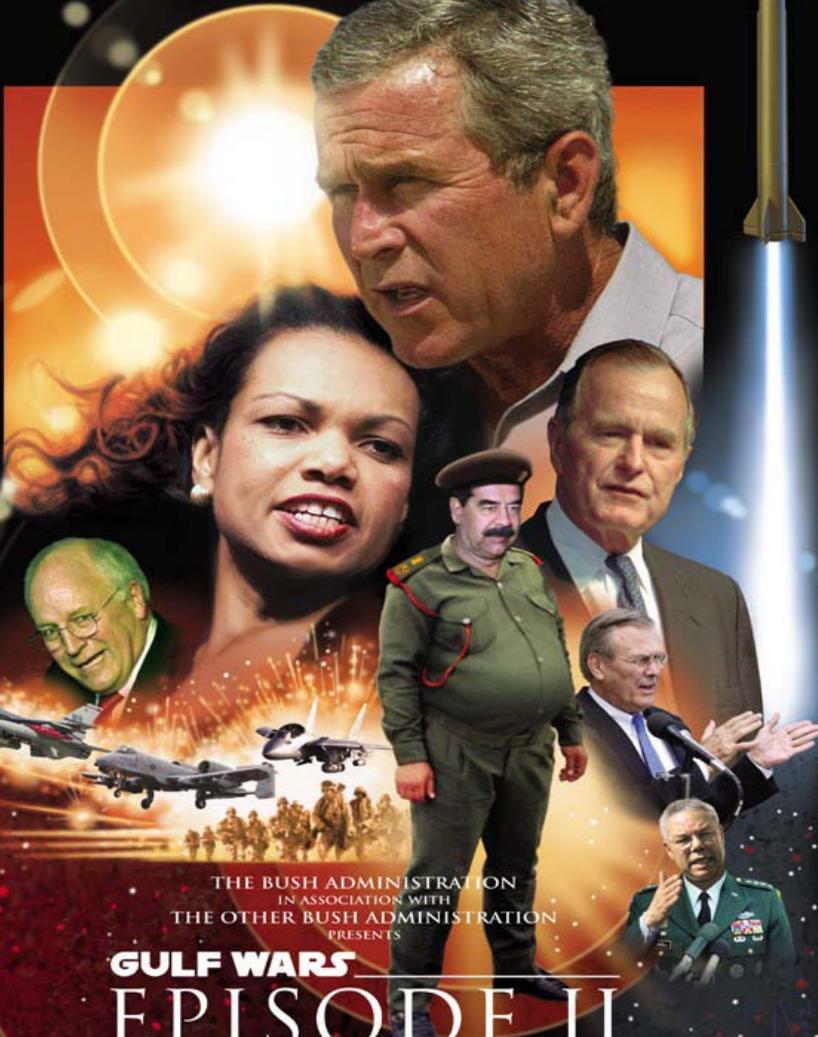
Carsten Schleh (Bio)



Christoph Peters (Etec)

www.quappe.org

COMING SOON!



THE BUSH ADMINISTRATION
IN ASSOCIATION WITH
THE OTHER BUSH ADMINISTRATION
PRESENTS

GULF WARS
EPISODE II
CLONE OF THE ATTACK

STARRING GEORGE W. BUSH · CONDOLEEZZA RICE · DONALD RUMSFELD

REPRISING THEIR ROLES FROM EPISODE I

DICK CHENEY · SADDAM HUSSEIN · COLIN POWELL

AND INTRODUCING OSAMA BIN LADEN AS THE PHANTOM MENACE

BASED ON AN IDEA BY GEORGE BUSH, SR.

PRODUCTION DESIGNED TO DISTRACT YOU FROM THE FAILING ECONOMY
PRODUCED BY THE MILITARY-INDUSTRIAL COMPLEX IN ASSOCIATION WITH EXXON, TEXACO, MOBIL, ET AL.

DIRECTED BY A DESIRE TO WIN THE NOVEMBER ELECTIONS
THE SUCCESS OF THIS MILITARY ACTION HAS NOT YET BEEN RATED

A MAD MAGAZINE POSTER